

Editorial:
Deutschland braucht keinen Mindestlohn

RWI Essen erhöht seine Konjunkturprognose

Kinderarmut hängt nicht nur von
Familienkonstellation und Berufstätigkeit ab

„German Stata Users Group Meeting“ –
Workshop zur finanziellen Situation
der Krankenhäuser in NRW –
Mehr Frauen in die Wirtschaftswissenschaft

Ruhr Economic Papers – RWI : Materialien

Intern: RGS-Stipendiat promoviert
bereits nach zweieinhalb Jahren –
RWI-Forschungsbeirat Harald Uhlig wechselt
nach Chicago – „Ruhr Economic Papers“ –
Neu im RWI Essen und in der RGS Econ

Nr. 2/2007



Deutschland braucht keinen Mindestlohn

Der EU-Binnenmarkt und die zunehmende Globalisierung intensivieren unter anderem die internationale Arbeitsteilung. Auf nationaler Ebene gibt es dabei sowohl Gewinner als auch Verlierer, wobei es insgesamt mehr Gewinner sein dürften. Zu diesen zählen eindeutig die Konsumenten, da sie geringere Preise zahlen müssen. Verlierer sind insbesondere die einheimischen niedrig qualifizierten Arbeitnehmer, da gerade deren Arbeitsplätze aufgrund der geringeren Kosten ins Ausland verlagert werden oder einer verstärkten Konkurrenz durch Migranten ausgesetzt sind. Beides hat bei festliegendem Lohnniveau Arbeitslosigkeit und ein verlangsamtes Lohnwachstum zur Folge.

Man könnte die Zahl der „echten“ Verlierer verringern, wenn die verdrängten Arbeitnehmer schnell eine neue Stelle finden würden. Nicht nur aus diesem Grund wurde im Vorfeld der EU-Erweiterung eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes angemahnt. Dies ist aber gerade in Deutschland nicht hinreichend geschehen. Im Gegenteil, mit dem derzeitigen Ruf nach Mindestlöhnen wird eine stärkere Abschottung und höhere Inflexibilität des Arbeitsmarktes angestrebt.

Wie würde ein Mindestlohn auf die Beschäftigung wirken? Die Wirtschaftstheorie gibt keine eindeutige Antwort, empirische Studien weisen auf sehr heterogene Effekte hin. Es gibt aber plausible Hinweise darauf, dass Mindestlöhne insbesondere für jüngere Arbeitnehmer mit negativen Konsequenzen verbunden sind, während man häufig keine großen Effekte auf die Gesamtbeschäftigung findet. Die Globalisierung dürfte jedoch die negativen Effekte in den Vordergrund rücken: Angesichts geringer Transportkosten wird es für viele Unternehmen zunehmend irrelevant, ob sie günstige Arbeitskräfte im Inland finden oder – wenn dies über den Mindestlohn un-



terbunden wird – die Produktion verlagern. Zudem ist keineswegs geklärt, wie Mindestlöhne kosteneffizient überwacht und eine Ausweitung der Schwarzarbeit verhindert werden können.

In der öffentlichen Diskussion wird häufig auf gesetzliche Mindestlöhne und eine geringere Arbeitslosigkeit in anderen Ländern verwiesen. Dies ignoriert einerseits, dass diese Länder einen vergleichsweise flexiblen Arbeitsmarkt haben und damit der Spielraum für negative Beschäftigungseffekte von Mindestlöhnen gering ist. Zum anderen wird nicht die Frage beantwortet, wie hoch die Arbeitslosigkeit dort wäre, wenn es keinen Mindestlohn gäbe. Es liegt nahe, dass sie noch geringer ausfiele. Schließlich ist das Argument, man könne durch Mindestlöhne die Binnennachfrage stärken, nachgerade absurd. Die diesbezüglich teilweise genannten mehr als 600 000 zusätzlichen Stellen kann man nicht ernst nehmen, solange die möglichen Arbeitsplatzverluste aufgrund des höheren Lohnniveaus bei der Berechnung ignoriert werden. Die anhaltende Wachstumsschwäche ist vielmehr ein Beleg für das eigentliche Problem Deutschlands, ein unzureichendes Potenzialwachstum. Dessen Anhebung kann nur mit weiteren Strukturreformen auf Arbeits- und Gütermärkten und durch solide öffentliche Finanzen geschehen.

Somit ist die Förderung der politischen Akzeptanz des erweiterten europäischen Binnenmarktes das einzig wirklich relevante Argument für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Verlierer wären

aber auch dann insbesondere Problemgruppen des Arbeitsmarktes, z.B. niedrigqualifizierte Jugendliche.

Thomas K. Bauer

Aus der Forschung

RWI Essen erhöht seine Konjunkturprognose für 2007

Das RWI Essen erhöht seine Prognose für das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in 2007 im Vergleich zu seiner März-Prognose um 0,2 %-Punkte auf 2,5%. Für 2008 prognostizieren wir weiterhin ein BIP-Wachstum von 2,6%. Der Beschäftigungsaufbau wird voraussichtlich anhalten und die Arbeitslosenquote weiter zurückgehen. Im Jahr 2007 dürfte sie etwa 8,8%, im Jahr 2008 etwa 7,9% betragen. Auch das staatliche Budgetdefizit geht voraussichtlich weiter zurück, die Defizitquote dürfte 2007 auf 0,3% sinken, im nächsten Jahr ist sogar ein leichter Budgetüberschuss wahrscheinlich. Sowohl für dieses als auch für das kommende Jahr erwartet das RWI Essen eine etwas höhere Inflation als im März prognostiziert. Ursachen sind vor allem die zuletzt wieder gestiegenen Energiepreise und die aufgrund der sich deutlich verbessernden Kapazitätsauslastung anziehenden Lohnstückkosten.

Das RWI Essen hebt seine Konjunkturprognose für 2007 leicht an. Es rechnet nunmehr mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 2,5%. Im März war noch ein Zuwachs um 2,3% erwartet worden. Für 2008 prognostiziert es nach wie vor ein Wachstum von 2,6% (arbeitsstäglich bereinigt 2,2%).

Insgesamt mussten nur geringe Revisionen vorgenommen werden. Die im Mai veröffentlichten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die neuesten Konjunkturindikatoren bestätigten unsere Einschätzung vom März weitge-

hend. So war die recht kräftige Expansion im ersten Quartal wohl nicht zuletzt der ungewöhnlich milden Witterung zu verdanken. Für das laufende Quartal deuten die saisonbereinigten Indikatoren – wie von uns erwartet – bereits eine Gegenreaktion an. So ist die Produktion im Bauhauptgewerbe seit zwei Monaten rückläufig.

Eckwerte der RWI-Konjunkturprognose vom Juni 2007

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2006	2007 ^s	2008 ^s
Bruttoinlandsprodukt	2,8	2,5	2,6
Verwendung ¹			
Konsumausgaben	0,9	1,0	1,9
Private Haushalte ²	0,8	0,9	2,1
Staat	1,5	1,2	1,4
Anlageinvestitionen	5,7	5,9	4,6
Ausrüstungen	7,3	7,5	6,0
Bauten	4,3	4,7	3,4
Sonstige Anlagen	5,9	5,4	5,7
Vorratsveränderung (Wachstumsbeitrag)	-0,1	-0,1	-0,1
Inlandsnachfrage	1,7	1,8	2,4
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag)	1,2	0,8	0,4
Ausfuhr	13,0	8,8	7,6
Einfuhr	11,6	7,9	7,9
Erwerbstätige ³ , in 1000	39 092	39 560	39 900
Arbeitslose ⁴ , in 1000	4 487	3 795	3 400
Arbeitslosenquote ⁵ , in %	10,3	8,8	7,9
Verbraucherpreise ⁶	1,7	1,9	1,9
Lohnstückkosten ⁷	-1,3	0,6	1,3
Finanzierungssaldo des Staates ⁸			
in Mrd. €	-37,0	-7,5	7,5
in % des BIP	-1,6	-0,3	0,3
Leistungsbilanzsaldo ⁹ , in Mrd. €	116,6	143,0	160,0

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. – ¹In Preisen des Vorjahres (Kettenindex, 2000 = 100). – ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³Im Inland. – ⁴Nationale Abgrenzung. – ⁵Bezogen auf inländische Erwerbspersonen. – ⁶Verbraucherpreisindex. – ⁷Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. – ⁸In der Abgrenzung der VGR. – ⁹In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. – ^sEigene Schätzung.

Auch die Industrieproduktion, insbesondere die Erzeugung von Vorleistungsgütern, sank zuletzt. Dennoch dürfte sich der Aufschwung fortsetzen, worauf schon die hohen Auftragseingänge im ersten Quartal hindeuten. Zudem dürfte die konjunkturelle Expansion künftig auf einer breiteren Basis stehen, da die privaten Konsumausgaben nach dem erwarteten Rückgang zu Jahresbeginn nun wohl stärker aufwärts gerichtet sind, insbesondere weil sich die Lage am Arbeitsmarkt weiter verbessert.

Deutlich stärker als im März prognostiziert dürften die Ausfuhren zunehmen, obwohl sich das weltwirtschaftliche Umfeld nicht grundlegend anders darstellt als zuletzt. Die erneut kräftige Zunahme der Auslandsaufträge im ersten Quartal deutet darauf hin, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporteure stärker verbessert hat als bisher angenommen. Daher wurde die Prognose für die Zunahme der Ausfuhren von 7,7 auf 8,8 % angehoben.

Sowohl für dieses als auch für das kommende Jahr erwartet das RWI Essen eine

etwas höhere Inflation als im März prognostiziert. Maßgeblich hierfür sind die zuletzt wieder gestiegenen Energiepreise und die aufgrund der sich deutlich verbessernden Kapazitätsauslastung anziehenden Lohnstückkosten. In beiden Jahren dürfte die Preissteigerungsrate jeweils 1,9% betragen. Die Arbeitslosenquote wird voraussichtlich auf 8,8% in diesem und 7,9% im kommenden Jahr sinken. Insbesondere sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse dürften weiterhin geschaffen werden.

Die Finanzlage des Staates entspannt sich vor allem aufgrund des kräftig zunehmenden Steueraufkommens noch stärker als bisher erwartet. In diesem Jahr dürfte die gesamtstaatliche Defizitquote auf 0,3% sinken; im Jahr 2008 ist sogar ein leichter Budgetüberschuss wahrscheinlich, sofern die moderate Ausgabenpolitik fortgesetzt und die Sozialabgabenbelastung nicht verändert wird.

Informationen: doehrn@rwi-essen.de
weiler@rwi-essen.de

Kinderarmut hängt nicht nur von Familienkonstellation und Berufstätigkeit ab

Ob und wie lange ein Kind bis zu seinem 18. Lebensjahr Armut erfährt, hat sowohl mit der Zusammensetzung seiner Familie und deren Teilhabe am Arbeitsmarkt zu tun als auch mit für Wissenschaftler unbeobachtbaren Faktoren wie der Motivation der Eltern. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie des RWI Essen. Kinder von Alleinerziehenden sind demnach besonders armutsgefährdet. Die Armutsgefahr sinkt hingegen, wenn mindestens ein Elternteil Vollzeit arbeitet. Maßnahmen, die Eltern zu solchen Beschäftigungschancen verhelfen, senken also auch die Kinderarmut.

Kinder, die mit nur einem Elternteil aufwachsen, deren Eltern einen niedrigeren formalen Bildungsgrad haben oder in deren Familie der Haushaltsvorstand nicht Vollzeit arbeitet, haben ein höheres Risiko,

dauerhaft in Armut aufzuwachsen. Zusätzlich zu diesen beobachtbaren Eigenschaften der Haushalte haben jedoch auch (für Wissenschaftler) unbeobachtbare Faktoren wie Motivation, Präferenzen oder unbeobachtbare Fähigkeiten der Eltern, einen großen Einfluss auf die Armutserfahrung von Kindern. Diese unbeobachtbaren Faktoren beeinflussen – ähnlich wie die Zusammensetzung der Familie oder der Arbeitsmarktstatus – sowohl die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind in Armut hineingeboren wird, als auch die Wahrscheinlichkeit, schnell wieder aus Armut auszutreten, ebenso wie die Wahrscheinlichkeit, anschließend wieder in Armut einzutreten.

Dies sind die zentralen Ergebnisse einer aktuellen Studie des RWI Essen. Die Studie verwendet Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP), einer repräsentativen Längsschnittbefragung privater Haushalte in Deutschland, und beobachtet Armutsverläufe von Kindern von deren Geburt an bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres. Als arm im Sinne der Studie gilt, wer weniger als 50% des Medianeinkommens zur Verfügung hat. Dieses ist das Einkommen, das genau in der Mitte der Einkommensverteilung liegt (50 % der Bevölkerung liegen also darüber, 50% darunter).

Kinder von Alleinerziehenden haben höheres Armutsrisiko

Wie stark die Zusammensetzung der Familie und deren Arbeitsmarktsituation die Armutserfahrungen ihres Nachwuchses beeinflussen, zeigen die in der Studie enthaltenen Simulationen. Setzt man voraus, dass sich Familienzusammensetzung und Arbeitssituation während der Kindheit nicht ändern, verbringt ein Kind, das in einen Zwei-Personen-Haushalt hineingeboren wird, in dem der Haushaltsvorstand Vollzeit arbeitet, durchschnittlich während seiner Kindheit (d.h. von der Geburt bis zum 18. Lebensjahr) weniger als ein halbes Jahr in Armut. Die Mehrzahl dieser Kinder lebt nie auch nur ein einziges Jahr in Armut und fast keines in dauerhafter Armut. Ein

Kind, das in einen Ein-Personen-Haushalt hineingeboren wird, in dem der Haushaltsvorstand nicht Vollzeit arbeitet, verbringt hingegen durchschnittlich fünf seiner 18 Kindheitsjahre in Armut. In solch einem Haushaltsumfeld erfahren sehr viele Kinder dauerhaft Armut, also mehr als fünf oder gar zehn Jahre, viele davon schon von Geburt an.

Für die Politik heißt das, dass Maßnahmen, die die Teilhabe am Arbeitsmarkt von Erwachsenen mit Kindern erhöhen, gleichzeitig Kinderarmut senken können. Eine solche Maßnahme könnten beispielsweise die aktuell diskutierten besseren Betreuungsmöglichkeiten für Kinder sein.

Die Untersuchung ist Teil der inzwischen erfolgreich abgeschlossenen Promotion von Dr. Marcus Tamm. Die Dissertation mit dem Titel „Poverty of Children in Germany and its Impact on Children’s Health and Educational Outcomes“ findet sich unter www.rwi-essen.de/tamm/tamm.pub. Die vorgestellte Studie „Always Poor or Never Poor and Nothing in Between?“ ist als No. 56 der „RWI : Discussion Papers“ erschienen und unter www.rwi-essen.de/dp als pdf-Download erhältlich.

Informationen: tamm@rwi-essen.de, weiler@rwi-essen.de



Eingeworbene Forschungsaufträge

Methodological Coordination of the Country Case Studies of a Joint GTZ-ESMAP Study on the Productive Use of Energy. Projekt für die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit. Ansprechpartner: Jörg Peters. Laufzeit: 5 Monate

Kapazitätsauslastung und Behandlungsqualität – eine empirische Analyse auf Basis von Patientendaten deutscher Krankenhäuser. Projekt mit Unterstützung der

Fritz-Thyssen-Stiftung. Ansprechpartner: Christoph Schwierz. Laufzeit: 12 Monate.

Nutzungskonkurrenzen bei Biomasse: Auswirkungen der verstärkten Nutzung von Biomasse im Energiebereich auf die stoffliche Nutzung in der Biomasse verarbeitenden Industrie und deren Wettbewerbsfähigkeit durch staatlich induzierte Förderprogramme. Projekt für Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie.

Ansprechpartner: Dr. Manuel Frondel.
 Laufzeit: 6 Monate.

Innovationsbericht 2007. Projekt für das Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie NRW des Landes Nordrhein-Westfalen. Ansprechpartner: Dr. Dirk Engel. Laufzeit: 5 Monate.

Potenziale des Dienstleistungssektors für Wachstum von Bruttowertschöpfung und Beschäftigung. Projekt für das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Ansprechpartner: Dr. Roland Döhrn. Laufzeit: 4 Monate.

Vorträge und Konferenzen

„German Stata Users Group Meeting“ im RWI Essen



Stata-Nutzer unter sich: die Teilnehmer des 5. „German Stata Users Group Meeting“, das am 2. April erstmals im RWI Essen stattfand

Nutzer der Statistik-Software „Stata“ aus ganz Deutschland trafen sich beim 5. „German Stata Users Group Meeting“ am 2. April im RWI Essen. Das Tagesprogramm bestand vor allem aus Vorträgen. Sie beschäftigten sich in erster Linie mit von Anwendern geschriebenen Stata-Programmen, Fallstudien zu Stata aus Lehre und Forschung sowie Erfahrungen mit und Kritik an Möglichkeiten des Programms.

Mit *Christopher Baum* (Boston College), *Ben Jann* (ETH Zürich) und *Maarten Buis* (Vrije Universiteit Amsterdam) hatte die

Veranstaltung mehrere internationale Gastredner. Neben den Vorträgen blieb Zeit für Diskussionen und Erfahrungsaustausch der Wissenschaftler.

Den Abschluss des offiziellen Programms bildete eine „Sprechstunde“ mit *Bill Rising* von StataCorp. Er berichtete von geplanten Neuerungen in zukünftigen Programmversionen und nahm Anregungen und Kritik der rund 30 anwesenden Stata-Nutzer auf.

Informationen: jhaiskendenew@rwi-essen.de,
weiler@rwi-essen.de

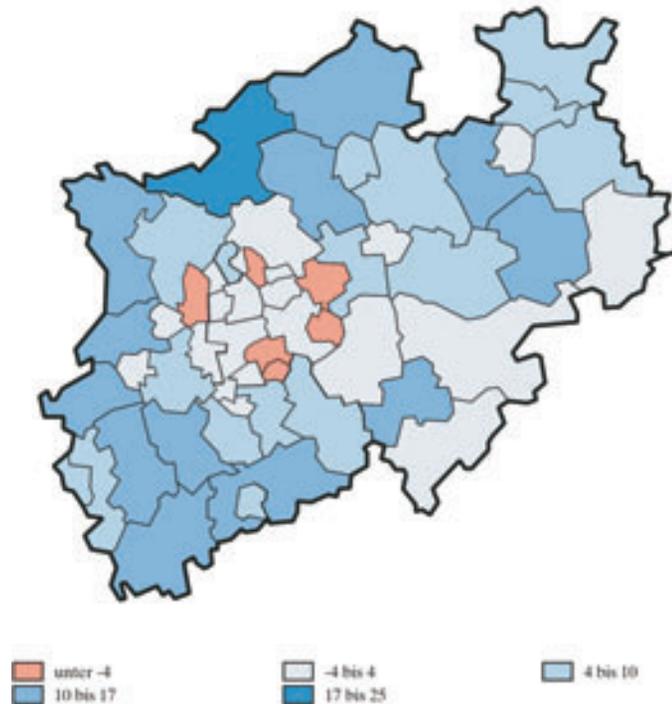
Workshop zur finanziellen Situation der Krankenhäuser in NRW

„Die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser aus NRW – Auszug aus dem Krankenhaus Rating Report 2007“ lautete der Titel eines Workshops, den die Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit dem RWI Essen und der ADMED GmbH am 21. Mai 2007 in der St. Elisabeth-Stiftung Essen veranstaltete. Inhalt waren Berechnungen zur Situation der Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen. Die Veranstaltung knüpfte damit an den im Januar erschienenen „Krankenhaus Rating Report 2007“ an, der die finanzielle Situation von Kliniken im gesamten Bundesgebiet untersucht hatte. Dabei zeigte sich, dass Kliniken in NRW im Vergleich zum Bund im Durchschnitt in einer günstigen Situation sind. Grund ist vor allem die vergleichsweise hohe Zahl von Kliniken in freigemeinnütziger Trägerschaft, die eine durchschnittlich niedrigere Insolvenzwahrscheinlichkeit aufweisen.

Insgesamt ergaben die Berechnungen außerdem, dass sich NRW durch eine hohe Bettendichte, geringe Bettenauslastung und hohe Verweildauer auszeichnet und damit aus Sicht des Patienten eine großzügige Krankenhausversorgung bietet. Die geringe Bettenauslastung und die hohe Krankenhausedichte führen zu einem starken Wettbewerb um den Patienten. Dieser dürfte sich, vor allem im Ruhrgebiet, in Zukunft noch deutlich verschärfen.

Die erwartete Zunahme der Zahl der Krankenhausfälle bis zum Jahr 2020 liegt in NRW deutlich unterhalb der für das restliche Bundesgebiet. Aufgrund der Bevölkerungsverschiebungen ist davon besonders das Ruhrgebiet betroffen, im restlichen NRW liegt die erwartete Zunahme der Fäl-

Erwartete Zahl der stationären Fälle (bei Nutzung des ambulanten Potenzials) 2004 bis 2020, Veränderung in %



Die Zahl der stationären Fälle wird sich bis zum Jahr 2020 voraussichtlich NRW-weit stark unterscheiden. Quelle: Ergebnisse des Krankenhaus Rating Reports 2007

le nur leicht unter dem Durchschnitt. Trotz guter wirtschaftlicher Ausgangslage werden nicht alle Krankenhäuser diesen verschärften Wettbewerb überleben.

Um auch die regionale Presse über diese Ergebnisse zu informieren, fand vor Beginn der Veranstaltung ein Pressegespräch statt. Dort standen der Geschäftsführer der Krankenhausgesellschaft NRW, *Richard Zimmer*, Dr. *Sebastian Krolop* (ADMED GmbH) und Dr. *Boris Augurzky* (RWI Essen) den Medienvertretern Rede und Antwort.

Informationen: augurzky@rwi-essen.de,
weiler@rwi-essen.de

Mehr Frauen in die Wirtschaftswissenschaft



Nachwuchswissenschaftlerinnen standen im Mittelpunkt der Veranstaltung „Wissenschaftlerin gesucht“, die am 15. Mai im RWI Essen stattfand. Sie richtete sich an Doktorandinnen und Studentinnen der Wirtschaftswissenschaften und informierte über Promotions- und weitere Beschäftigungsmöglichkeiten am RWI Essen. Diese

wurden in Kurzvorträgen von RWI-Doktorandin *Sandra Schaffner* und der ehemaligen RWI-Wissenschaftlerin Prof. Dr. *Friederike Welter* anschaulich vorgestellt.

RGS-Doktorandin *Annika Frohloff* berichtete darüber hinaus über die Promotionsmöglichkeiten an der Ruhr Graduate School in Economics (RGS Econ), einer Gemeinschaftsinitiative der Universitäten Bochum, Dortmund und Duisburg-Essen und dem RWI Essen, die jedes Jahr zwölf Doktoranden aufnimmt und

sie – mit einem Vollstipendium versehen – in drei Jahren zur Promotion führt.

Die Veranstaltung machte deutlich, welche Möglichkeiten der Promotion abseits der Universität es gibt und dass der Weg danach durchaus zurück zur Universität führen kann.

Informationen: weiler@rwi-essen.de

Publikationen

Ruhr Economic Papers

Die bisherigen „RWI : Discussion Paper“ sind in den „Ruhr Economic Papers“ aufgegangen (vgl. S. 14). Download unter www.rwi-essen.de/rep

(1) Christoph M. Schmidt, *Policy Evaluation and Economic Policy Advice*

Eine der bedeutendsten Entwicklungen im Bereich der angewandten Volkswirtschaftslehre in den vergangenen Dekaden ist wohl die Entstehung der systematischen Evaluierung von Politikmaßnahmen gewe-

sen, die klar ihren Schwerpunkt auf die Feststellung von Kausalitäten legt. Darauf basierende Politikberatung kann jedoch nur erfolgreich sein, wenn sie auf einem geeigneten Studiendesign beruht, sei es auf der Basis von Experimenten oder von Beobachtungen. Das wird besonders in Gesellschaften gelingen, die freizügigen Zugang zu Daten gewähren, die Vorzüge zufälliger Zuweisung zu Untersuchungs- und Kontrollgruppe akzeptieren und die Unabhängigkeit von Forschungseinrichtungen schützen.

(2) Annika Frohloff, Cost and Technical Efficiency of German Hospitals – A Stochastic Frontier Analysis

Unter Verwendung eines neu verfügbaren und vielfältigen Datensatzes des Statistischen Bundesamts wird in diesem Papier erstmals sowohl die technische als auch die Kosteneffizienz von mehr als 1 500 deutschen Krankenhäusern mit einer „stochastic frontier“-Analyse untersucht. Die empirischen Ergebnisse für die Jahre 2000 bis 2003 deuten an, dass Kliniken in privater und gemeinnütziger Trägerschaft im Durchschnitt weniger kosten- und technisch effizient sind als öffentliche Kliniken. Zudem wird gezeigt, dass nicht subventionierte Kliniken weniger effizient als ihre jeweiligen Kontrahenten arbeiten. In Bezug auf Patientenmerkmale dämpft ein hoher Anteil alter Patienten die Effizienz, während ein hoher Anteil weiblicher Patienten und ein hoher Anteil von Eingriffen sie erhöht.

(3) Panu Poutvaara and Lars-H.R. Siemers, Smoking and Social Interaction

Untersucht wird die soziale Interaktion von Nichtrauchern und Rauchern als sequentielles Spiel. Dabei fließen Erkenntnisse aus Sozialpsychologie und experimenteller Ökonomie in ein ökonomisches Modell ein. Es zeigt sich, dass Rauchen allgemein übermäßig häufig akzeptiert wird, wenn es eine soziale Norm ist, sich Rauchern anzupassen. Mit der Einführung von Raucher- und Nichtraucherzonen lässt sich diese spezifische Ineffizienz nicht überwinden. Daraus wird die Schlussfolgerung gezogen, dass Rauchverbote eine nötige (zweitbeste) Lösung sein könnten.

(4) Wolfgang Leininger and Axel Ockenfels, The Penalty-Duel and Institutional Design: Is there a Neeskens-Effect?

In diesem Papier wird gezeigt, dass es einen Anstieg der Trefferwahrscheinlichkeit bei Elfmeter im Fußball gibt. Der Zeitraum

vor dem Jahr 1974 unterscheidet sich deutlich von dem nach 1976: die Trefferwahrscheinlichkeit ist um 11% gestiegen. Dies wird damit erklärt, dass die Institution des Elfmeterschießens vor 1974 spieltheoretisch einem 2x2-Spiel entsprach, während sie sich nach 1976 am besten mit einer 3x3-Spielform beschreiben lässt. Damit wird ein historischer Beweis geführt, dass die veränderte Wahrnehmung des Elfmeter-Schießens (als zwei verschiedene Spiele) durch Johan Neeskens Elfmeterschießen während der Fußballweltmeisterschaft 1974 verursacht wurde, weil er einen Elfmeter durch einen direkten Schuss in die Tormitte verwandelte.

(5) Ronald Bachmann and Michael C. Burda, Sectoral Transformation, Turbulence, and Labor Market Dynamics in Germany

Der langfristige Anstieg der Arbeitslosigkeit in Europa seit den 1960er Jahren ist ohne Bezug auf den Strukturwandel kaum zu erklären. Bei der Betrachtung individueller Daten westdeutscher Arbeiter zeigt sich ein merklicher Anstieg von Strukturwandel und Turbulenzen, insbesondere seit 1990. In wachsenden Bereichen wurde der Nettostrukturwandel eher von Zugängen aus der Nicht-Partizipation als aus der Arbeitslosigkeit getrieben, schrumpfende Sektoren reduzierten ihre Nettobeschäftigung vor allem durch geringere Zugänge aus der Nicht-Partizipation. Rezessionen gehen mit einer gestiegenen Intensität von sektoraler Umverteilung einher. Abgesehen von einer zyklischen Komponente haben die deutsche Wiedervereinigung und die EU-Osterweiterung offenbar signifikant zum höheren Tempo des Strukturwandels beigetragen.

(6) Thomas K. Bauer, Deborah A. Cobb-Clark, Vincent Hildebrand, and Mathias Sinning, A Comparative Analysis of the Nativity Wealth Gap

Dieses Papier untersucht die Ursache der Unterschiede der relativen Wohlstandspo-

sition von Einwandererhaushalten in Australien, Deutschland und den USA. Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass die Wohlstandsdifferenzen in Deutschland und den USA vor allem auf Unterschiede im Bildungsabschluss und der demographischen Zusammensetzung der Einwohner- und Zuwandererpopulationen zurückzuführen sind. Einkommensdifferenzen erwiesen sich als relativ unwichtig für das Verständnis der herkunftsbedingten „Wohlstandslücke“. Anders verhält es sich in Australien, wo Einwanderer ihre relativen Vorteile bezüglich Bildung und Demographie offensichtlich nicht in einen Wohlstandsvorteil umwandeln können, sondern leicht hinter den Australiern zurückliegen.

(7) Dirk Engel and Torge Middendorf, Investment, Internal Funds and Public Banking in Germany

Bisher wurde häufig vermutet, dass niedrige Investment-Cash Flow-Empfindlichkeiten deutscher Unternehmen durch die Dominanz öffentlicher Kreditinstitute verursacht werden könnten. Auf Basis eines Buchhaltungs-Datensatzes deutscher Unternehmen wird gezeigt, dass sich die Abhängigkeit der Investitionsausgaben von internen Finanzmitteln zwischen Unternehmen, die mit Sparkassen, Genossenschaftsbanken oder Geschäftsbanken zusammenarbeiten, nicht wesentlich unterscheiden.

(8) Andrew M. Jones and Stefanie Schurer, How Does Heterogeneity Shape the Socioeconomic Gradient in Health Satisfaction?

Individuelle Heterogenität spielt eine Schlüsselrolle, wenn es darum geht, die Schwankung im vom Einzelnen empfundenen Wohlbefinden zu erklären, vor allem die Zufriedenheit mit der Gesundheit. Es wird angenommen, dass der Einfluss dieser Heterogenität je nach Gesundheitszustand variiert und im Laufe des Lebens zunimmt. Diese Hypothesen werden mit Daten zur Gesundheitszufriedenheit aus 22 Wellen des SOEP getestet.

(9) Justus Haucap, Uwe Pauly and Christian Wey, A Cartel Analysis of the German Labor Institutions and Its Implications for Labor Market Reforms

Dieses Papier bietet eine Kartell-Erklärung für die Stabilität der Institutionen der deutschen Tarifpolitik. Es wird gezeigt, dass ein dichtes Netz legaler gesetzlicher Schutzmaßnahmen rund um das deutsche Lohnsetzungskartell gewoben worden ist. Diese Maßnahmen machen Abweichungen von Kartell-Insidern weniger attraktiv und errichten gleichzeitig Zutrittsbarrieren für andere Gewerkschaften. Es werden Politikmaßnahmen vorgeschlagen, die diese Barrieren entfernen und den Wettbewerb mit alternativen Organisationen zur Tarifverhandlung fördern.

(10) Torge Middendorf, The Impact of Cohort Size and Local Labor Market Conditions on Human Capital Accumulation in Europe

Aktuelle Studien betonen den Einfluss makroökonomischer Faktoren auf den Bildungsabschluss, beispielsweise der Kohortengröße und der Situation auf dem lokalen Arbeitsmarkt. Die Ergebnisse dieses Papiers legen nahe, dass weder die Kohortengröße des Geburtsjahrgangs noch die lokale Arbeitslosenrate einen Einfluss auf die individuelle Schulentscheidung haben. Für die Untersuchung werden Daten des Europäischen Haushaltspanels verwendet.

(11) Colin Vance and Rich Iovanna, Gender and the Automobile – An Analysis of Non-work Service Trips

Hier werden die Bestimmungsfaktoren für nicht-berufliche Autofahrten vor dem Hintergrund zweier Fragen beantwortet: Spielen das Geschlecht eine Rolle für die Wahrscheinlichkeit der Autonutzung und die zurückgelegte Distanz? Falls ja, welche Rolle spielen andere sozioökonomische Eigenschaften des Individuums und des Haushalts, in dem es lebt? Die Ergebnisse legen nahe, dass Frauen – obwohl sie im Durchschnitt mehr nicht-berufliche Fahrten als

Männer unternehmen – diese seltener mit dem Auto zurücklegen. Insgesamt dürften Politikmaßnahmen, die die Abhängigkeit vom Auto senken sollen, wahrscheinlich nicht den gleichen Effekt auf beide Geschlechter haben.

(12) Wolfram F. Richter, Taxing Human Capital Efficiently – The Double Dividend of Taxing Non-qualified Labour More Heavily Than Qualified Labour

Es wird gezeigt, dass die Besteuerung Anreize setzen sollte, damit unqualifizierte durch qualifizierte Arbeit ersetzt wird. Hierfür ist es effizient, Arbeitseinkommen hinsichtlich der Qualifikation regressiv zu besteuern. Zudem sollten finanzielle Bildungsausgaben auf einem Niveau besteuert werden, das die Effizienz der Bildung wiederherstellt. Eine Steuer auf Kapitaleinkommen verringert die Verzerrung, die

die progressive Besteuerung von Arbeitseinkommen auf die Investitionen in Humankapital verursacht.

(13) Tobias Wenzel, Liberalization of Opening Hours with Free Entry

Inhalt dieses Papiers ist der Wettbewerb bezüglich Preisen und Öffnungszeiten in einem Modell mit freiem Markteintritt. Analysiert werden die Auswirkungen einer Liberalisierung der Öffnungszeiten. Das Modell sagt voraus, dass die Preise kurzfristig konstant bleiben, aber langfristig steigen. Die Konzentration im Einzelhandelssektor dürfte zunehmen, und die Öffnungszeiten werden sich in zwei Schritten ausdehnen: unmittelbar nach der Deregulierung und weiter im Laufe der Zeit. Schließlich wird wohl die Beschäftigung im Einzelhandelssektor steigen.

RWI : Materialien

Download unter www.rwi-essen.de/mat

(34) Lutz Trettin, Dirk Engel, Marina Roitburd und Gregor Werkle, Alterung der Gesellschaft: Neue Herausforderungen für die Gründungsförderung in Deutschland? – Ergebnisse einer empirischen Untersuchung bei Wirtschaftskammern und kommunalen Einrichtungen 2005 bis 2006

Die Untersuchung betrachtet die Verbindung zwischen demografischem Wandel, Gründungsgeschehen und Gründungsförderung. Konkret werden die wesentlichen Erkenntnisse aus der Befragung bei Wirtschaftskammern und kommunalen Einrichtungen in den Jahren 2005 und 2006 aufbereitet, die im Rahmen des Projekts „Unternehmensdynamik und alternde Bevölkerung“ durchgeführt worden waren. Darüber hinaus werden Ergebnisse vertiefender Analysen dargestellt, die sich mit der Positionierung der Kammern in der Förderlandschaft bzw. den Kooperationsstrategien detailliert auseinandersetzen. Hintergrund hierfür ist einerseits die Dis-

kussion bezüglich einer übersichtlichen Gestaltung des deutschen Förder- bzw. Beratungssystems. Handlungsalternativen bieten sich vor allem in der engeren Abstimmung bzw. Bündelung von Angeboten verschiedener Einrichtungen. Andererseits hat die Nachfrage gerade älterer Gründungsinteressierter Personen erheblich zugenommen.

Der in den vergangenen Jahren zu beobachtende Wandel im Kreis der Gründungsinteressierten gibt einen Vorschmack auf das Kommende. Da die Ausstattung mit Personal damit scheinbar nicht Schritt hielt, erhöhte sich der Druck auf die Gründungsberatung zu



mehr Effizienz. Ausgehend davon spricht vieles dafür, sich mit den Anforderungen und Potenzialen älterer Gründungsinteressierter sowie mit den Einschätzungen der Kammern zu möglichen Anpassungserfordernissen in der Gründungsberatung auseinanderzusetzen. Das Ziel dieser Studie besteht darin, hierzu einen ersten, bundesweiten Überblick aus dem Blickwinkel der Gründungsintermediäre zu bieten.

(35) Boris Augurzky, Silja Göhlmann, Rainer Kambeck, Wolfram F. Richter und Harald Tauchmann, Finanzielle Auswirkungen der Einführung des Gesundheitsfonds auf die Bundesländer

Der Gesetzesentwurf zur Stärkung des Wettbewerbs in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-WSG) sieht die Einführung eines Gesundheitsfonds und die Erhebung von Zusatzprämien bzw. Ausschüttungen an die Versicherten ab 2009 vor. Durch diese Umstellung der Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung ist auch mit Verteilungswirkungen zwischen den Bundesländern aus zwei Gründen zu rechnen. Erstens wird dann im Gegensatz zum heutigen Risikostrukturausgleich das gesamte Beitragsaufkommen der GKV, d.h. inklusive der Verwaltungsausgaben und der Kosten für Satzungsleistungen (etwa 8% der Gesamtausgaben), zwischen den Kassen neu verteilt. Einkommensstarke Länder mit günstiger Risikostruktur werden dadurch stärker belastet. Zweitens wird der länderübergreifende Budgetausgleich verändert, den überregionale Kassen intern durchführen.

Regionale Verteilungseffekte des geplanten Gesundheitsfonds sind von großer politischer Relevanz. So betrachten es viele Landesregierungen als legitim, mögliche Belastungen für „ihre“ Versicherten gering zu halten. Vor diesem Hintergrund erscheint die in dieser Studie geleistete Quantifizierung der regionalen Verteilungswirkungen des Gesundheitsfonds als

relevante wissenschaftliche Fragestellung. Als Be- bzw. Entlastung eines Bundeslandes ist dabei immer die Summe der Be- bzw. Entlastungen der dort lebenden Versicherten zu verstehen.

(36) Dirk Engel, Jochen Dehio, Roland Döhrn, Ronald Janßen-Timmen, Markus Scheuer und Joel Stiebale, Internationalisierung der IT-Dienstleister - Eine Bestandsaufnahme

Seit Jahren gewinnen moderne Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) beträchtlich an Bedeutung. Über ihren wachsenden Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Produktion hinaus birgt ihr Querschnittscharakter für viele Chancen, da er neue Möglichkeiten der Vernetzung schafft und neue Formen der internationalen Arbeitsteilung erlaubt. Bei der Erschließung dieser Chancen kommt IT-Dienstleistern besondere Bedeutung zu. Sie bewegen sich in einem Umfeld, welches durch einen rapide fortschreitenden technologischen Wandel und eine verstärkte Einbindung in nationale und internationale Unternehmensnetzwerke geprägt ist. Als wichtige Impulsgeber für die Handelbarkeit von IT-Diensten und deren weltweiten Vertrieb werden die zunehmende Verbreitung von hochwertigen Internetzugängen und die Standardisierung und Modularisierung angesehen. Chancen für Anbieter entstehen aber auch dadurch, dass mit dem Vordringen von Standardsoftware zunehmend kundenspezifische Anpassungen und Beratungen erforderlich werden. Die Studie leistet eine Bestandsaufnahme der Situation der IT-Dienstleister insbesondere in Bezug auf ihre Internationalisierung.



Intern

RGS-Stipendiat promoviert bereits nach zweieinhalb Jahren

Bereits nach zweieinhalb Jahren hat *Christoph Hanck* (27), Stipendiat der Ruhr Graduate School in Economics (RGS Econ) seine Promotion an der Universität Dortmund abgeschlossen. Er war damit deutlich schneller als die bereits sehr ambitionierte Vorgabe für die Dissertation von drei Jahren. Im ersten Jahrgang der RGS Econ hatte Christoph Hanck im Oktober 2004 sein Promotionsstudium begonnen. Damit ist er der erste Absolvent der RGS Econ.

Wie alle RGS-Doktoranden verbrachte Christoph Hanck, der durch die *Alfried-Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung* finanziell gefördert wurde, das erste Jahr seines Promotionsstudiums am RWI Essen. Danach wechselte er zu seinem Doktorvater, Prof. Dr. *Walter Krämer*, an das Institut für Wirtschafts- und Sozialstatistik der Universität Dortmund. Hintergrund seiner Doktorarbeit: In der empirischen Makroökonomie hat man es oft mit Variablen – etwa Preisniveaus oder Wechselkursen – zu tun, die im Zeitablauf keine Tendenz aufzuweisen scheinen, zu einem langfristigen Gleichgewichtswert zurückzukehren. Ob dies tatsächlich so ist, ist für viele Theorien (wie etwa der Kaufkraftparitätentheorie) von zentraler Bedeutung und wird regelmäßig durch statistische Tests untersucht. Hanck zeigt nun in seiner Promotion mit dem Titel „Testing in Nonstationary and Dependent Panels with Applications to Purchasing Power Parity“ auf, wie man die



Strahlende Gesichter: RGS-Stipendiat Christoph Hanck (Mitte) mit seinem Doktorvater Prof. Dr. Walter Krämer (links) und mit Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Ph.D. (einer der und Sprecher der RGS Econ)

aus Paneldaten resultierende größere Datenbasis nutzen kann, um effizientere statistische Tests zu entwickeln.

Mit seiner *summa cum laude* bewerteten Arbeit hat Christoph Hanck zugleich den Beweis erbracht, dass mit der RGS Econ eine Verbundinitiative der Universitäten Bochum, Dortmund und Duisburg-Essen mit dem RWI Essen geschaffen wurde, an der Doktoranden schnell und unter optimalen Bedingungen im Bereich der Volkswirtschaftslehre promovieren können.

Nach Abschluss seiner Promotion wird Christoph Hanck als Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Sonderforschungsbereich 475 der Universität Dortmund arbeiten.

Informationen: rumpf@rwi-essen.de

RWI-Forschungsbeirat Prof. Dr. Harald Uhlig wechselt nach Chicago

Prof. Dr. *Harald Uhlig* wechselt von der Humboldt-Universität in Berlin an die University of Chicago. Prof. Uhlig, der im Juni 2007 aus dem RWI-Forschungsbeirat ausscheiden wird, war seit 2003 dessen Mitglied und hat in dieser Funktion engagiert

an der Umstrukturierung des Instituts mitgewirkt. Das RWI Essen bedauert, dass er den Forschungsbeirat verlässt und wünscht ihm beruflich und privat alles Gute für seine Tätigkeit in den USA.

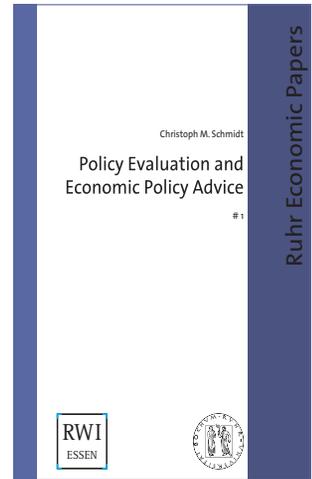
„RWI : Discussion Papers“ werden zu „Ruhr Economic Papers“

Seit März 2007 hat das RWI Essen mit den Ruhr Economic Papers (ISSN 1864-4872) eine neue Reihe. Die bisherigen „RWI : Discussion Paper“ gehen in ihr auf. Die „Ruhr Economic Papers“ werden gemeinsam von den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten Bochum, Dortmund und Duisburg-Essen sowie vom RWI Essen herausgegeben. Die RGS Econ ist Mit-Herausgeber. Die verantwortlichen Editoren sind: Prof. Dr. *Justus Haucap*, RUB; Prof. Dr. *Wolfgang Leininger*, Universität Dortmund; Prof. Dr. *Volker Clausen*, Universität Duisburg-Essen; Prof. Dr. *Christoph M. Schmidt*, RWI Essen. Editorial Office: *Joachim Schmidt*, RWI Essen, e-mail: schmidtj@rwi-essen.de.

Die „Ruhr Economic Papers“ dienen der Verbreitung von Forschungsergebnissen

aus den beteiligten Institutionen in internationalen Fachkreisen bei gleichzeitiger Wahrung der wissenschaftlichen Autonomie der Fakultäten. Endgültiges Ziel ist die Publikation der Beiträge in einer referierten Fachzeitschrift oder einem Sammelband. Die „Ruhr Economic Papers“ erscheinen unregelmäßig; sie liegen als pdf-Dateien und gedruckt vor. Mehr zu den aktuellen „Ruhr Economic Papers“ auf S. 8ff.

Informationen: schmidtj@rwi-essen.de



Neue Mitarbeiter im RWI Essen

Seit 1. April 2007 arbeitet *Ronald Bachmann* als Referent im Kompetenzbereich „Arbeitsmärkte, Bevölkerung, Gesundheit“. Er studierte Volkswirtschaft an der *University of Cambridge*, England, (BA Economics 1999) und an der *London School of Economics* (MSc Economics 2000). Danach promovierte er bei Prof. *Michael C. Burda* an der Humboldt-Universität zu Berlin im Bereich Arbeitsmarktökonomik („A Dynamic Approach to Germany's Unemployment Problem“). Von September 2006 bis März 2007 arbeitete er am Lehrstuhl von Prof. *Ronald Schettkat* an der Bergischen Universität Wuppertal. Im RWI Essen werden seine Schwerpunkte auf Arbeitsmarkt- und Makroökonomik, Such- und



Matchingtheorie sowie angewandter Ökonometrie liegen.

Seit 1. April 2007 verstärkt Graphikdesignerin *Daniela Schwindt* die Abteilung „Öffentlichkeitsarbeit, Redaktion“. Die diplomierte Kommunikationsdesignerin hat an der Fachhochschule Wiesbaden studiert, Schwerpunkte ihres Studiums waren die Fächer Public Relations, Event und Künstlerische Arbeiten. Während ihres Studiums arbeitete sie bereits als freie Grafikerin, danach war sie als selbständige Designerin tätig. Im RWI Essen ist Daniela Schwindt für die graphische Gestaltung der Publikationen zuständig



und wird unter anderem den Internetauftritt des Instituts weiterentwickeln.



Seit 15. März arbeitet Dr. *Tobias Zimmermann* als Referent im Kompetenzbereich „Wachstum und Konjunktur“. Er studierte Wirtschaftswissenschaft an der Universität Hannover und der Ruhr-Universität Bochum. Von 2002 bis 2007 war er erst wissenschaftli-

che Hilfskraft, dann wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Theoretische Volkswirtschaftslehre I an der Ruhr-Universität Bochum. Im November 2006 hat er seine Dissertation (Titel: „Reale Konjunkturzyklen, Effizienzlöhne und die Rolle von Ölpreisschocks – eine theoretische und empirische Untersuchung für die Bundesrepublik Deutschland“) erfolgreich abgeschlossen. Die Arbeit erscheint in Kürze in den „RWI : Schriften“.

Die Stipendiaten der RGS Econ, Jahrgang 2006 (Teil 1)

Im Oktober 2006 startete der dritte Jahrgang der Ruhr Graduate School in Economics (RGS Econ). Nachfolgend eine alphabetische Kurzdarstellung der ersten vier Stipendiaten. Die zweiten vier Stipendiaten folgen in den nächsten RWI : News. Ihre Ausbildung wird von der *Leibniz-Gemeinschaft* und der *National-Bank Essen* maßgeblich finanziell gefördert:

Daniel Baumgarten



studierte Internationale Volkswirtschaftslehre an der Universität Erlangen-Nürnberg und dem University College Cork/ Irland. Während seines Studiums spezialisierte er sich auf die Fächer „Internationale Wirtschaftsbeziehungen“ und „Ökonometrie“. In seiner Di-

plomarbeit beschäftigte er sich mit der Modellierung und Prognose makroökonomischer Daten mittels eines hochdimensionalen Faktormodells. Parallel zu seinem Studium machte er Praktika bei der Deutsch-Ecuadorianischen IHK und der GTZ.

Interessensgebiete: Angewandte Ökonometrie, Internationale Wirtschaftsbeziehungen

Christoph Braun

studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Bonn und an der York University Toronto. Seinen Abschluss als Diplom-Volkswirt machte er 2006 an der Universität Bonn. Während des Studiums konzentrierte er sich auf Mikroökonomie



und Finanzwissenschaft. Seine Diplomarbeit (betreut von Prof. Dr. *Georg Nöldeke*) basierte auf einem Modell der optimalen Arbeitslosenversicherung. Dabei analysierte er, wie sich die Gestaltung von Arbeitslosengeld und Steuerschema ändert, wenn administrative Kosten einbezogen werden. Während seines Studiums arbeitete Christoph Braun als studentische Hilfskraft am Institut für Wirtschaft und Gesellschaft Bonn, am Lehrstuhl von Prof. Nöldeke an der Universität Bonn und als studentische Hilfskraft am IZA in Bonn. Im Jahr 2004 erhielt er ein Stipendium der *Friedrich-Ebert-Stiftung* als Anerkennung für wissenschaftliche Leistungen und soziales Engagement.

Interessensgebiete: Finanzwissenschaft, Arbeitsmarktökonomie

Peggy David

hat ihr Studium der Wirtschaftswissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum als Diplom-Ökonomin abgeschlossen. Dabei lagen Ihre Studienschwerpunkte in Makroökonomie, Ökonometrie und empirischer Wirtschaftsforschung. In ihrer Diplomarbeit untersuchte sie die Ausbildungsrenditen in Deutschland auf der Grundlage von Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP). Neben ihrem Studium war Peggy David als studentische Hilfskraft im RWI Essen tätig.



Interessensgebiete: Angewandte Mikro-
ökonometrie, Bildungs- und Arbeits-
marktökonomik

Markus Hörmann

studierte Volkswirtschaftslehre an der University of Québec City/Kanada und der Universität Münster. Dabei spezialisierte er sich auf Ökonometrie, Energie- und Ressourcenökonomie sowie Arbeitsmarkttheorie. In seiner Diplomarbeit beschäftigte er sich mit mikroökonomischen Methoden – insbesondere Regressions- und „propensity score matching“-Methoden – zur Evaluierung aktiver Arbeitsmarktpolitik. Markus Hörmann ist weiterhin daran interessiert, diese Evaluierungsmethoden in verschiedenen Kontex-



ten anzuwenden, beispielsweise in der Umweltpolitik. Während seines Studiums in Münster arbeitete er als studentische Hilfskraft am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere empirische Wirtschaftsforschung von Prof. *Bernd Wilfling*.

Interessensgebiete: Ökonometrie,
Energieökonomie und Arbeits-
markttheorie

RWI : News
Nr. 2/2007 (Mai 2007)

Herausgeber: Rheinisch-Westfälisches Institut für
Wirtschaftsforschung, Hohenzollernstraße 1/3, 45128 Essen,
Tel.: 0201/81 49-0, Fax: -200, mail: rwi@rwi-essen.de

Alle Rechte vorbehalten.

Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Ph.D.

Redaktion: Sabine Weiler (Tel. -213), Joachim Schmidt

Fotos: Dr. Stefan Rumpf, Sabine Weiler

ISSN 1612-3581